

Nr. 855 1J

1991-04-17

II-1507 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

A N F R A G E

der Abgeordneten Kiermaier, Dr. Preiß
und Genossen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Privatisierung der Wasserstraßendirektion

Im Arbeitsübereinkommen der Regierungsparteien zur XVIII. GP wird hinsichtlich der Privatisierung von Staatsmonopolen auch die Wasserstraßendirektion genannt. Unter anderem sollen "spezielle Modelle für Organisationsprivatisierungen" entwickelt und umgesetzt werden.

Nicht nur für die Öffentlichkeit im allgemeinen, sondern vor allem auch für die betroffenen Beschäftigten ist es nun von größter Bedeutung, möglichst rasch und umfassend über dementsprechende Privatisierungskonzepte informiert zu werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten daher nachstehende

A n f r a g e :

1. Wird die von Ihnen geplante Privatisierung der Wasserstraßendirektion die gesamte Institution und nur Teilbereiche davon erfassen?
2. Falls nur Teilbereiche privatisiert werden sollen, welche sind dies und was geschieht dezidiert mit der Abteilung Ufersicherung?

3. Werden Sie danach trachten zu sichern, daß bei einer Privatisierung der Wasserstraßendirektion die gesamte Belegschaft übernommen werden muß?

4. Planen Sie, bereits vor einer Privatisierung der Wasserstraßendirektion den Personalstand zu reduzieren?

5. Wenn ja, soll diese Reduzierung auf den natürlichen Abgang beschränkt werden, oder sind auch Entlassungen ins Auge gefaßt?

6. Falls Entlassungen geplant sind, wieviele Beschäftigte in welchen Bereichen sollen davon betroffen sein?

7. Besteht die Möglichkeit, freigesetzte Arbeitnehmer in andere Bundesdienststellen zu übernehmen?

8. Wenn ja, würde der soziale Status der gleiche sein?